

Ein Rückblick.

Wohin ist das Kennwort der wirtschaftlichen und finanziellen Genügsamkeit Deutschlands während des verfloffenen Jahres. Die Liehaber des Vertrages von Versailles sind ihrem Ziel um ein bedeutendes Stück näher gekommen, allerdings ohne selbst Vorteil davon zu haben, denn auch die Wirtschaft und die Finanzen unserer Gläubiger haben unter dem seit vier Jahren anhaltenden Zustand weltwirtschaftlicher Desorganisation gelitten, was für uns jedoch keinen Trost bedeuten darf. Während wir während des ersten Halbjahres noch in einermühen gemäßigtem Tempo auf der abschüssigen Bahn abwärts glitten, ging es in der zweiten Hälfte des Jahres in rapidem Tempo bergab. Die Dollarmarkierung an der Berliner Börse lautete im Januar des Jahres 191, bis zum Juni war sie auf 317 gefallen, im Dezember dagegen umfachte sie unter heftigen Schwankungen über den Punkt 8000, nachdem der Dollar schon einen Höchststand von 9150 gehabt hatte. Dasselbe Tempo hatten die Großhandelspreise. Im Januar betrug der Großhandelsindex 36,65, im Juni 70,30 und am 3. Dezember 149,07. Der Preis für Weizen sank von 450 Mark pro Tonne am Anfang des Jahres auf 227,63 Mark am Anfang Dezember. Dasselbe Bild bot den Staatsfinanzen, deren Defizit eine Million bereits übergriffen hat. Ihre Zunahme in den letzten Monaten hat den Gesamtbetrag an Einnahmen des Reiches fast September überholt. Der Notenumlauf der Reichsbank stieg von 115,4 Milliarden im Januar auf 169,3 Milliarden im Juni, auf über 300 Milliarden im Dezember; gegenwärtig werden in einer Woche mehr neue Noten ausgedruckt als der gesamte Notenumlauf im Januar betrug. Und dabei besteht noch immer Kapitalmangel, den der Geschäftswelt häufig immer härter fühlte. An dieser Ursache darf man auch nicht irre werden, denn die Ursache ist nicht die Geldmangelhaftigkeit vorhanden. Diese Geldmangelhaftigkeit rührt her von zugewanderten Spekulant, sowohl inländischen wie ausländischen, und ist außerdem zurückzuführen auf den immer noch niedrigen Stand der Effizientur in Vergleich zu den Westeuropäern.

Die unheilvolle Entwicklung, die von den letzten Jahren gekennzeichnet ist, ist in allererster Linie ein Ausbruch des Versailles-Vertrages, eines erzwungenen „Friedensinstrumentes“, das auf der kriegsgeplagten Menschheit am Kriege basiert. Die Forderungen unserer Gegner aus diesem „Vertrag“ haben uns über 40 Milliarden Goldmark und über 50 Milliarden Renten abgezogen, unser Vaterland durch Veräußerung wichtiger Produktionsgebiete verarmt, durch die wir verloren: 26 Prozent der Steinkohlen, 9 Prozent Koks, 74 Prozent Eisenerz, 68,2 Prozent Zink, 26,4 Prozent Blei, 34 Prozent Wolfram, 7,4 Prozent Kupfer, 31,4 Prozent Zinn, 27,4 Prozent gewalztes Eisen, 60,2 Prozent Zinn, 22,8 Prozent Blei, 2,9 Prozent Kadmium. Seit immer mehr durch die Kohlenlieferung sich verschärfte, hat sich unser Industrie den Atem zu nehmen. Die periodischen Schließungen verursachen wertvolles Kapital und belasten unsere Finanzen in der unheilvollsten Weise.

Vorschau auf Paris.

Die von London nach Paris verlegte Konferenz ist als Vorbereitung für die Pariser Konferenz zu betrachten. Die Delegationen haben sich nach dem sich anknüpfenden Aufeinander der verschiedenen Meinungen durch die Presse der ganzen Welt hätte zu klären, den Verhandlungen für die Fortführung der Verhandlungen zu finden. Die Besprechungen werden sonst geschlossen, um schließlich über den einschlägigen Weg zu schaffen; hier ist das Gegenteil zu sehen. Dichte Staubwolken verbinden die Ansichten. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dritten werden.

Es ist nicht von ungefähr, daß Poincaré die Reparationskommission in Bewegung setzte und mit ihrer Hilfe aus nützlichem Anlaß nicht nur eine „abschließliche“ Berichtigung Deutschlands konstruierte. Seine Traktanten mußten im Widerspruch mit dem Wortlaut des Versailles-Vertrages die von Frankreich selbst verschuldete Verzögerung der Holzlieferungen zum Schwand nehmen, um Sanktionen anzuwenden zu können. England wurde in der Kommission überstimmt, dem englischen Selbstbewußtsein ein Hindernis, die Forderung der Vorbereitung einer von Harding angelegten Weltwirtschaftskonferenz durch Sanktionen zerstört. Warum diese abschließliche hervorgebrachte Vereinbarung, die unmöglich als geeignetes Vorbild zum Hauptgegenstand der Beratungen anzusehen ist? Die Pariser Delegierten mußten sich bewusst sein, in welchem Maße sie durch die Spiel mit dem Feuer die allgemeine Stimmung verschlepten würden. Nachdem hat Poincaré seinem Nachfolger nachgegeben und den Pariser Kaufmann augenscheinlich deshalb mit Überlieferungen begonnen, weil er möglichst viel herauszuschlagen will.

Offizielle II hat er sich noch nicht gekümmert; nur die Instrumente seiner Presse, die er von jeder meißelhaft zu handhaben versteht, lassen sich benehmen, und auch die amerikanischen sind von ihm benutzt. Nach dem New York Herald, dem intimen Beziehungen zum Quai d'Orsay nachgesetzt werden, will Frankreich das Ruhrgebiet durch eine Fälligkeit von dem übrigen Deutschland abtrennen und damit angeblich eine Goldmark erhalten. Eine gleiche Summe wird von der zehnjährigen Befreiung der Ruhrstoffe erhofft. Obwohl der Vertrag aus einer Steuer auf die Ruhrkohlenabfuhr zu erwarten wäre, ist nicht ersichtlich. Nebenbei verriet das amerikanische Blatt, daß Frankreich Streifen mit derselben Qualität zu belegen gedenke, die bei der Besetzung Frankreichs angewendet ist. Für diese Beschlüsse scheint selbstverständlich der französische Premier nicht verantwortlich, auch nicht für die von Peltz Journal verbreitete Ankündigung, wonach sich Poincaré weitere, jedoch auf Grund geschäftlicher Transaktionen zwischen Privatpersonen oder Finanzinstitutionen ausgearbeiteten Vorschlag in Betracht zu ziehen. Ob Bonar Law von dieser Abmachung bereits in Kenntnis gesetzt worden ist, liegt nach ihm Dunkel. Da die Beratungen hinter geschlossenen Türen stattfinden, ist den Beobachtern reichlich Gelegenheit zu ihrem Handwerk gegeben.

Es wird sich bald herausstellen, ob Deutschland von dem

Vom günstigen öffentlichen Meinung mehr als nur platonischer Vorteil zu erwarten hat. Nimmt man die Times als richtunggebend an, dann dürfte die französische Sanktionspolitik in der Berlesungsfrage sich rasch verflüchtigen und ein Mächtig angetreten werden, nachdem England die Straflosigkeit der Reparationskommission rundweg abgelehnt und durch die Times hat erlassen lassen, die in der Haltung Frankreichs einige getriebene Tendenz sei fest beobachtet. Es wird für Deutschland alles darauf ankommen, ob es ihm gelingt, die Konferenz zu überzeugen, daß es von dem besten Willen befreit ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen. England ist allem Anscheine noch befreit, jede weitere Forderung ungeordneter Finanzlage Deutschlands zu verhindern, und möchte eine allmähliche Erholung zur Sicherung der Reparationen in die Wege leiten. Dazu bedarf es der Unterstützung Amerikas. Eine Annäherung ist in den bevorstehenden Verhandlungen des englischen Schatzkanzlers Baldwin mit Washington zu erblicken. Die Baldwin- und Wallace des Gouverneurs der Bank von England Angelegenheit ist, in anderen Bankverträgen war zuzugewandt bereits vorbereitet wurde, wird in Amerika günstig beurteilt.

Hand in Hand damit geht eine zweite selbständige Aktion Harding's. Man vermag schon die Umrisse einer Weltwirtschaftskonferenz zu erkennen, der mittels einer internationalen Schuldregelung — Amerika hat Anspruch auf 11 Milliarden — Ausdruck verliehen werden kann. Das kann seinen Einfluß auf die Pariser Konferenz nicht verfehlen und wird vorläufigen Beschlüssen einen Stempel aufdrücken. Ein endgültiges Ergebnis der Vorbereitungen zu erwarten, verbietet sich Charakter, aber der jüngste Vorstoß Poincaré's in der Berlesungsfrage, der einen Mißerfolg ähnlich sieht, läßt den Schluß zu, daß er seiner Sache nicht mehr sicher ist und sich Deutschland einem ihm Luft vergebenden Wendepunkt nähert, zumal da es Amerika nicht bloß bei Worten befreit, sondern gemäß ist, vollständig zurückzugehen. Ein Senat hat der republikanische Senator Burton einen Kredit von einer Milliarde Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln für Deutschland beantragt. Die amerikanische Regierung hat sich gegen sollte, ist er als Sympathiebeweis für uns und als Antwort auf die Forderung Clemenceaus von Wert. nd.

Die Delbrück-Schächte.

Weder das Schicksal der Delbrück-Schächte ist bei der vorläufigen Grenzfestsetzung noch nicht endgültig entschieden worden. Bei den Delbrück-Schächten handelt es sich um ein Objekt von ungeschätztem Wert. Sie sind für Deutschland angeheißt unsere letzten Kohlenlager unbedingbar notwendig und auch für den westlichen Status unentbehrlich, weil er von den 41 Deutscher Kohlenfelder nach 31 behalten hat. Die Schächte gehören zu dem jetzigen Stadtteil Siedenburg, und dieser ist durch die Grenzfestsetzung Deutschland zugesprochen worden. Bei Festlegung der Demarkationslinie ist von den Kommissaren einmütig beschlossen worden, die Grenzlinie um 50 Meter zu Gunsten Deutschlands hinaus zu ziehen, damit der Bereich der Delbrück-Schächte nicht geändert werde. Gegen diese Entscheidung hat der polnische Kommissar bei der Grenzfestsetzungskommission Protest eingelegt, der aber formell mit Stimmmehrheit zurückgewiesen worden ist. Die Schächte sind als Eigentum des Reiches zu betrachten. Die polnische Regierung hat die Polen Schritte unternommen, um die angrenzenden Delbrück-Schächte in ihren Besitz zu bringen.

Nach dem Genfer Abkommen über Oberösterreich ist für den Grenzverlauf der polnischen Staatsangehörigkeit der Wohnort in den Stätten anzunehmen. Das gleiche gilt für das sächsisch-polnische Wohnort der Deutschen in Ost-Oberösterreich und der Polen in dem deutsch gebliebenen Teil des Stimmbezirkgebietes. Bei Wohnort an mehreren Orten ist bis zum 16. Januar 1921 ein Wohnort zu wählen. In den nächsten Tagen wird über Verordnungen der Reichsregierung das Verfahren für diese Wählerklärung geregelt. Für die Wählerklärung sind der deutsche General-Konul in Katowice und der polnische Konsul in Breslau (in Preußen) die Regierungspräsidenten und der polnische Konsul in Berlin) zuständig, in deren Gebiet der deutsche Wohnort des Erklärenden belegen ist. Die Wählerklärung ist ein Protokoll der Wahlberechtigten abzugeben. Dem Ministerialrat der Wahlberechtigung wird die Wählerklärung mit dem Namen des Wählers und dem Vermögen des Wählers in Polen unterliegt dann dem polnischen Konsulatsvermerk, soweit ein solches nach dem Genfer Abkommen besteht.

Politische Rundschau.

— Berlin, 2. Januar 1923.

Der Reichstagspräsident hat eine Rede der deutschen Reichsregierung gehalten, in der er die Lage über die Gründe geteilt wird, aus denen der deutsche Reichstag die Zwangsmaßnahmen angebrochen wurde.

Das Reichsministerium des Innern wird in nächster Zeit eine amtliche Denkschrift über die Lage der Reichsregierung und die Maßnahmen der Reichsregierung und der Reichsregierung unterbreiten.

Für den ausstehenden heftigen Finanzminister Reichstag ist ein Ausschuss ernannt worden.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf die Dauer von drei Monaten im besetzten rheinischen Gebiet verboten, weil sie geeignet seien, die „Wieder der Besatzungsgruppen zu beunruhigen“.

Verhinderung des Kapitalfluchtgesetzes. Vom 1. Januar ab erlassen die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht eine erhebliche Verzögerung. Wenden dürfen von diesem Zeitpunkt ab Anträge auf Verbringung von Zahlungsmitteln oder Wertpapieren ins Ausland nur aufgegeben, wenn sie von dem Auftraggeber einzureichende Zahlungsanweisung mit den Genehmigungsvermerk des für ihn zuständigen Finanzamtes versehen ist. Vom Genehmigungszwang befreit sind Anträge von Personen, welche die Handelskammerbestätigung über die Notwendigkeit von Zahlungen ins Ausland erhalten haben. Besonders hervorzuheben ist nach der Entscheidung der Regierung die für die persönliche Witnahme von Zahlungsmitteln von 20000 Mark auf 200000 Mark. Im kleinen Grenzverkehr von 3000 Mark auf 20000 Mark monatlich. Die Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes in der neuen Fassung ist bis Ende 1924 verlängert worden.

— Eine neue Feuerversicherung der Beamten. Die Beamten der Epigenorganisation der Beamten, Arbeiter und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden haben beschlossen, in einer gemeinsamer Eingabe an die Reichsregierung um die unbedingte Einstellung neuer gemeinsamer Bestimmungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter über eine zeitliche Regelung der Dezemberbezüge zu erlangen. In der Eingabe wird auf die hochgradige Erregung hingewiesen, die gleichfalls infolge der unbedingten Aufrechterhaltung der Gehälter und Löhne hervorgerufen worden ist. Der Inhalt des Personalgesetz durch die abschließende Fällung der Regierung, noch verhandelt worden. Falls die Regierung diese Haltung nicht aufhebe, lehnen die Gewerkschaften jede Zusammenarbeit für die Folgen ab.

— Die Einreise ins besetzte Gebiet. In einer neuen Verordnung hat die Interalliierte Rheinlandkommission die Bestimmungen über die Einreise in das besetzte Gebiet und den Verkehr sowie den Aufenthalt in ihm zusammengestellt. Diese sollen über 14 Jahre alten Personen jedweder Staatsangehörigkeit, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort im besetzten rheinischen Gebiet haben, müssen mit einem von der zuständigen deutschen Behörde unter deren Verantwortung ausgestellt und versehen. Der Personalausweis ist mit dem Namen des Inhabers versehen sein und dem Inhaber gleiche Farbe oder einen Paß muß jeder deutsche Staatsangehörige über 16 Jahre, der im besetzten Gebiet wohnt, besitzen, wenn er in das besetzte Gebiet einreisen will. Der Inhaber des Personalausweises ist dem Inhaber des besetzten Gebietes zu erklären, die die Genehmigung erteilen kann und dem Vertreter der alliierten Rheinlandkommission innerhalb drei Tagen davon Kenntnis geben muß. Als die deutsche Militärpersonen dürfen nur mit besonderer Genehmigung einreisen. Ebenso bedarf das Tragen deutscher Uniformen und militärischer Abzeichen einer besonderen Genehmigung.

— Zehnjähriges Jubiläum der Stadt Mainz. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mainz nahm folgende Erklärung an: „Die Provinzialhauptstadt Rheinlands steht voll und ganz auf dem Boden der Kundgebung der Provinz vom 9. Dezember 1922. Die Bevölkerung weist energisch alle Mäße und Bestrebungen zurück, die auf eine Unterwerfung der deutschen Heimat und dem deutschen Vaterland hinführen. Als deutsche Stadt an Rhein steht sie frei und unentwegt mit dem deutschen Reich. Sein Schicksal ist auch das ihre.“ — Diese Kundgebung ist um so bemerkenswerter, als die Stadt Mainz, in der sich bekanntlich das Hauptquartier der französischen Rheinarmee befindet, unter ganz beherrschenden Besatzungsbedingungen zu stehen hat.

— Berlin, 29. Dezbr. Im Reichsfinanzministerium beginnen am 8. Januar neue Verhandlungen mit den Epigenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden über die Erhöhung der Gehälter und Löhne. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Frage der Erhöhung der Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter behandelt werden. Es ist zu erwarten, daß eine prozentuale Erhöhung der Gehälter und Löhne zu fordern, und zwar in der Weise, daß man einen Aufschlag fordert, der allen Beamten und Arbeitern ohne Unterschied zur Deckung der Brotmehlkosten gewährt wird. Auch für die Gehälter und Lohnempfänger der Privatwirtschaft soll bei den kommenden Verhandlungen dieser Vorschlag in Betracht kommen.

— 1500 Prozent Wohnungsaufschlag. — Berlin, 29. Dezbr. Bei dem Umfang der Gewerkschaften in der Reichsfinanz ist die Regierung mit der Frage der Wohnungsaufschlag in Höhe von 1500 Prozent der Friedensmiete vorlieb. Die Regierung wolle auch Mittel für Bauten bereitstellen, die 1922 begonnen, aber nicht vollendet werden konnten. Wähler seien 8 Milliarden für Wohnungsbau aufgewendet worden. Aus den Staatsfinanzen sollen 150000 Kilometer Bauholz für Bauten freigegeben werden, und es soll eine Minderzins für jeden Heftmeter abgezogen werden, der nachweislich zu Einblößen und Wohnungswesen verbaut sei.

Keine Beteiligung Amerikas bei der Entschädigung der Reparationskommission.

— Paris, 29. Dezbr. Von amerikanischer Seite wird ausdrücklich festgestellt, daß in der Sitzung der Reparationskommission, in der die Frage der Holzlieferungen behandelt wurde, keiner der amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission anwesend gewesen sei.

Wiedererrichtung des Religionsunterrichts in Italien. — Rom, 29. Dezbr. Auf Anordnung des Unterrichtsministers soll der Religionsunterricht, der bisher faktisch war, künftig die Grundlage der gesamten Schulunterricht bilden. Das bedeutet das Ende der italienischen Lateinschule. — Die aktive Dienstzeit im Heere wird von der bisherigen acht bis zwölf Monaten auf 18 Monate verlängert.

Amerika gegen Deutschlands Vernichtung.

— Washington, 1. Januar. Der Staatssekretär des Außenbüros Hughes richtete in einer Rede vor dem Stimmkreis der Gesellschaft eine ernste Mahnung an Europa. Er erklärte, das Reparationsproblem müsse der politischen Behandlung entzogen und einem Sonderauschuss von Sachverständigen überwiesen werden. Amerika hege nicht den leisesten Wunsch, daß Frankreich irgendeinen Teil seiner gerechten Ansprüche verliere, aber es wünsche Deutschland nicht vernichtet zu sehen. Seine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas sei wichtig, sofern sich nicht Deutschland wieder erhole, und es werde keinen dauernden Frieden geben, wenn nicht die wirtschaftliche Genugtuung gesichert sei. Amerika sehe mit Mißfallen, daß Schritte erzwungen würden, die anstatt Reparationen zu ergeben, eine Katastrophe herbeizuführen drohen. Die Aussicht auf Brangemeinungen von Reparationen zu erlangen, sei nicht vorhanden. Hughes sprach schließlich den Wunsch aus, daß eine offene und freie Aussprache stattfinden müßte

Auscheiden.

Aufheben.

Öffentliche Bekanntmachung.

Mit dem 1. Januar d. J. treten bei der Allg. Ortskrankenkasse des Landkreises Mühlhausen i. Thür. anstelle der bisherigen Lohnstufen nachfolgende in Kraft.

Lohnstufe	Arbeitsverdienst	Grundlohn	Wesentlicher Kostenbeitrag
1	bis einsch. 100 M.	75 M.	36 M.
2	von 100,01 bis 200 M.	150 M.	72 M.
3	" 200,01 " 300 M.	250 M.	120 M.
4	" 300,01 " 400 M.	350 M.	168 M.
5	" 400,01 " 500 M.	450 M.	216 M.
6	" 500,01 " 600 M.	550 M.	264 M.
7	" 600,01 " 700 M.	650 M.	312 M.
8	" 700,01 " 800 M.	750 M.	360 M.
9	" 800,01 " 900 M.	850 M.	408 M.
10	über 900 M.	1000 M.	480 M.

Das Krankengeld beträgt die Hälfte des Grundlohnes, das Sterbegeld des Monatslohnes des Grundlohnes.

Die Umstellung durch die Arbeitgeber hat binnen 1 Woche bei den üblichen Wechseln auf den vorgeschriebenen Formularen zu erfolgen.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Mühlhausen i. Thür.
G. Trautwein.

Leer stehendes Zimmer

zum Unterstellen von Möbeln bei hoher Vergütung sofort gesucht.

Offerten sind niederzulegen in der Geschäftsstelle der Trefffurter Nachrichten (Stadt-Blatt), Bruno Garten, Treffurt a. W.

Ich bin Käufer für:

Roggen, Weizen, Hafer

und offeriere ab Lager:

Schwefelsauren Ammoniak
Thomasmehl und Kali 42%

Angebote und Nachfragen erbeten!

Werner Johann, Eschwege.

Bahnhofstraße 27, (Brauerei Hempting)
Fernsprecher 221 und 222.

Zähle heute

konkurrenzlose Preise

für Lumpen Pfd. 20.- Mk.

Wollene Füllunge „ 200.- „

Papiere, Eisen, Metalle

zu höchsten Tagespreisen.

Von 10 Pfd. an vergütet Nachgeb.

Kornatz, Altenburgschla.

Lacke, Farben, Firnisse, Sanitäts-
Fahbodenöl, Fensterkitt etc.

in bekannten la. Qualitäten für Industrie und Gewerbe liefern prompt und preiswert:

Reinhold Lotz & Co, Eisenach

Lack-, Öl- und Rostschutz-Farbenfabrik.
Telefon 1283. Heinrichstr. 27.

Mulzhölzer

wie Buche, Kirsch, Birne, Nuss und Pappel, Kiefer und Fichte laut lauf. Tagespreis.

C. Warrlich, Dampfzägelwerk, Treffurt a. W.

Spar- u. Vorschussverein zu Treffurt

Telefon Nr. 6. e. G. m. u. H. Kirchstraße 3/4.

Eröffnung laufender Konten. Scheckverkehr. Bausparvereine Ueberweisungsverkehr. Kreditgewährung zu mäßigem Zinsfuß. Annahme von Spargeldern.

Steuernfreies Einkommen durch Spareinlagen

Wir nehmen steuerfreie Spareinlagen von z. B. 8000 Mark gemäß § 13 der Einkommensteuer-Novelle vom 20. 7. 1922 an und verzinsen dieselben mit

7%

Stadt - Sparkasse Treffurt.

Prima

Rotfleejaat

garantiert seidrefrei
offiziell billigt

Werner Johann, Eschwege.

Fernruf 221 und 222.

Zahnpraxis

Paul Hahn, Dent.
Treffurt, Kirchstr. 21
Café Gehl, 1 Tr.

Sprechstunden:
Montag und Freitag von
1/2 12 bis 1/2 6 Uhr.

Künstl. Zähne

Wilhelm Zent, Walfried,
Krankeinstellenbehandlung
Montag, Mittwoch und Freitag
in Treffurt, Kirchstr. 22, zu sprechen.
Sprechstunden von 12 bis 1 Uhr und
2 bis 7 Uhr abends.
Reparaturen schnellstens.

Zum Schlachten empfiehlt ich

Schlachtgewürze

Karl Rathgeber,
Bahnhofstraße Nr. 12

Bauplatz

zu kaufen gesucht. Gest. Offerten unter
"N. 3" an die Geschäftsstelle der
"Trefffurter Nachrichten" erbeten.

Zu Verpackten

auf dem 8. Subjüngung unter: Grimms
Kirchenanlage 37, 74 ar (Blau 73).
Gest. Angebote an die Geschäfts-
stelle der "Trefffurter Nachrichten"
(Stadt-Blatt).

Schafwolle

gewaschen u. ungewaschen, woll.
Stricklumpen u.
woll. Abfälle
laufr. übernimmt, Verpinnen, z.
Strick- u. Webgarn
sowie Verarbeitung von
Wolle zu Steppdecken
entl. Tausch geg. Stoffe. Gute Subverb.
Wollgarnspinnerei „Frieda“
Frieda a. Werra.

Bestellungen

auf einen zeitgemäßen

Schulatlas

nimmt entgegen
Buchhandlung
„Trefffurter Nachrichten“
(Stadt-Blatt).

Maiz

Reisfutttermehl

offiziert **Heinrich Saul.**

Hering in Gelee,
Garzer-, Stangen- und
Limburger Käse
empfehlen

Karl Rathgeber, Treffurt

Konjum-Berein.

Freitag, den 5. abends 8 Uhr im Saale des Stern

Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder besonders der Frauen ist erwünscht.

Die Verwaltung.

Stadtsparkasse zu Treffurt.

Reichsbankgirokonto. Telefon 24.
Postcheckkonto 40 Erfurt. (Magistrat).

Kontokorrent- und Scheckverkehr

Giroüberweisungsverkehr (bargeldlos)

An- u. Verkauf sowie Aufbewahrung

und Verwaltung von Wertpapieren

6% bei 6 monatl. Kündigung

10% auf steuerfreie Spareinlagen

Ausleihung zu mäßigem Zinssatz

Kredit in laufender Rechnung zum

Reichsbanklombardsatz z. Zt. 11%

5% für Spareinlagen bei täglicher

Verzinsung

Strengste Verschwiegenheit!

Lotterie-Verein Treffurt und Umgegend.

Heute Mittwoch Abend Hauptversammlung mit Gewinnverteilung,
Abrechnung, neuer Lotterienplan und Los. Neue Mitglieder können auf-
genommen werden. Der Vorstand.

Beamtenvereinigung Treffurt u. Umgegend

Heute, Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr bei wichtiger Tagesordnung
Hauptversammlung im Gasthaus „zur Sonne“.

Herr Friß aus Magdeburg spricht über Gegenwartsfragen der
Deutschen Beamtenschaft und Disziplinenerteilung.

Der Vorstand.

Arbeiter - Sängerkhor Treffurt.

Donnerstag abends 8 Uhr Singstunde im Kinderheim.

Der Vorstand.

Gesangverein Germania.

Sonntagsabend 8 Uhr Generalversammlung, Tagesordnung
wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mit-
glieder ist erforderlich. Der Vorstand.

Deutscher See-Verein

Disziplinenerteilung:
Treffurt und Umgegend.
Sonntagsabend, den 6. Januar, abends 8.30 Uhr findet im „Stern“
Hauptversammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um
das Erscheinen aller Mitglieder dringend gebeten. Der Vorstand



Für die vielen Beweise wohlwollender Liebe und
Teilnahme beim Heimgange und Begräbnis unseres
lieben unvergesslichen Töchterchens

Gertrud

sagen wir hierdurch unseren tiefgeföhlten Dank
Herzlichen Dank für die Kranzspenden, und das
Geleit zur letzten Ruhestätte. Besonderen Dank dem
Allgemeinen Eisenbahner - Verband Ortsgruppe
Treffurt für den schönen Kranz und Herrn Lehrer
Reinhard für den mit den Schulkindern angestimmten
erhebenden Trauergesang.

„Schlafwohl.“ Du kleiner Liebling. „Auf Wieder-
sehen!“

Treffurt, den 31. Dezember 1922.

In tiefer Trauer:

Familie Peterseim
nebst Angehörigen.